

## § 9

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).

## § 10

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 14. 12. 1979

**Bezirksdirektion  
für Forsten und Naturschutz**  
— Höhere Naturschutzbehörde —  
gez. Graulich

St.Anz. 53/1979 S. 2522

1483

### Verordnung über das Naturschutzgebiet „Oberes Emsbachtal“ vom 14. Dezember 1979

Auf Grund des § 13 Abs. 2 und des § 15 Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), in Verbindung mit § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), sowie der §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Januar 1978 (GVBl. I S. 106), wird mit Zustimmung der Obersten Naturschutzbehörde verordnet:

## § 1

Das in § 3 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

## § 2

(1) Das „Obere Emsbachtal“ mit seiner Umgebung zeichnet sich durch seine pflanzensoziologischen und faunistischen Besonderheiten aus.

(2) Die Oberemser Wiesen befinden sich in einem vom Emsbach durchflossenen Talgrund, umgeben von ausgedehnten Hainsimsen-Buchenwäldern. Die Randhänge der linken Talseite tragen an quelligen Stellen bruchwaldartige Gehölze. Auf weniger nassen Standorten wachsen extensiv genutzte Pfeifengraswiesen, und an den trockenen Stellen sind kleinflächige Borstgrasrasen vorhanden.

## § 3

(1) Das Naturschutzgebiet „Oberes Emsbachtal“ liegt in den alten Fluren „Auf der alten Glashütt“, „Rauscherseite“, „Auf den Brüchern“, „In der Kirchenbaumwiese“. Es besteht in der Flur 2 aus den Flurstücken 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 17 teilweise, in der Flur 3 aus den Flurstücken 33 teilweise, 39, 64 und 65 teilweise der Gemarkung Oberems, Gemeinde Glashütten, Hochtaunuskreis, und hat eine Flächengröße von 19,676 ha.

(2) Die Grenze beginnt an dem nordöstlichen Eckpunkt des Oberemser Sportplatzes, von wo aus sie im Uhrzeigersinn der nordwestlichen Grenze der Flurstücke 65 und 64 folgt. Sie führt sodann entlang der Südwestgrenze der Wegeparzelle 43/2 und ab dem Grenzstein 123 entlang der Südwestgrenze der Wegeparzelle 4, bis sie am Grenzstein 117 auf das Flurstück 15 trifft. Von hier folgt sie dessen Grenze zunächst in nordöstlicher Richtung, dann dessen Nordostgrenze in südlicher Richtung bis zum Emsbach, Flurstück 16. Sie überspringt diesen und folgt dem Flurstück 17 ca. 20 m in südöstlicher Richtung. Sie knickt dann nach Westen ab und verläuft ca. 30 m entlang der südlichen Begrenzung des Flurstücks 17. Sie folgt nun einem alten Grenzgraben in nordwestlicher Richtung, bis sie bei Polygonpunkt Nr. 167 auf den Mühlweg, Flurstück 61, auftrifft. Sie führt weiter entlang der nördlichen Seite dieses Weges in nordwestlicher Richtung bis zum Auftreffen auf die Südgrenze des Sportplatzes, Flurstück 65. Sie umgeht das Sportplatzgelände zuerst in nordöstlicher, dann in nordwestlicher Richtung zurück zum Ausgangspunkt.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in Karten im Maßstab 1 : 25 000 und 1 : 2000 rot eingetragen.

(4) Diese Verordnung und die in Abs. 3 genannten Karten sind bei der Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Darmstadt — Höhere Naturschutzbehörde — hinterlegt. Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich beim Hessischen Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Land-

wirtschaft und Forsten — Oberste Naturschutzbehörde — in Wiesbaden, beim Kreis Ausschuss des Hochtaunuskreises — Untere Naturschutzbehörde — in Bad Homburg v. d. Höhe und bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

(5) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Hinweisschilder gekennzeichnet.

## § 4

(1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:

1. Pflanzen, einschließlich der Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
3. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
4. das Gelände außerhalb der Wege zu betreten;
5. zu fahren, zu reiten, zu lagern, zu baden, zu lärmern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten;
6. Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen;
7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben;
8. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen;
9. Gewässer im Sinne des § 1 Abs. 1 des Hessischen Wassergesetzes zu beeinträchtigen oder Maßnahmen zur Entwässerung durchzuführen;
10. feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Autowracks abzustellen oder das Gelände sonst zu verunreinigen;
11. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
12. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 der Hessischen Bauordnung zu errichten oder zu verändern, auch wenn dies keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedarf;
13. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten oder zu verändern;
14. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
15. die Nutzung von Wiesen oder Weiden ändern;
16. Mineraldünger auf die Flurstücke 15 oder 17, Flur 2, auszubringen;
17. Biozide anzuwenden;
18. Pferde weiden zu lassen;
19. Schafe durchzutreiben oder weiden zu lassen;
20. Hunde frei oder außerhalb der Wege laufen zu lassen.

## § 5

(1) Ausgenommen von den Verboten des § 4 bleiben:

1. die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art mit den in § 4 Abs. 2 Nr. 15, 17, 18 und 19 genannten Einschränkungen;
2. die Ausübung der Jagd;
3. die Ausübung der Fischerei;
4. die von der Höheren Naturschutzbehörde angeordneten Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Gestaltung.

(2) Zulässig bleibt ferner die ordnungsgemäße forstliche Bewirtschaftung mit Ausnahme des Uferbewuchses am Emsbach und des Mischwaldbestandes des Flurstücks 17, Flur 2, und Flurstücks 65, Flur 3, im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art ohne Umwandlung von Wald oder Waldneuanlage im Sinne des § 11 und 12 des Hessischen Forstgesetzes; verboten bleibt das Einbringen von Nadelholz oder Kahlschlagshieb.

## § 6

(1) In begründeten Einzelfällen, insbesondere zur Durchführung von Forschungsarbeiten, kann die Oberste Naturschutz-

Karte zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Oberes Emsbachtal“



behörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 4 zulassen.

(2) Die Ausnahmegenehmigung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.

(3) Die Ausnahmegenehmigung ist, soweit kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt, zu versagen, wenn trotz Bedingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.

(4) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht nach anderen Vorschriften erforderliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen u. ä.

#### § 7

(1) Die Eigentümer und jeder, dem ein Recht an einem Grundstück zusteht, müssen die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der Höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben der Höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).

#### § 8

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchstabe b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig in einem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 4 Abs. 1 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchstabe a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig, ohne daß dies nach § 5 zulässig ist,

1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 4 Abs. 2 Nr. 1);
2. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 4 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
3. Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt (§ 4 Abs. 2 Nr. 3);
4. das Gelände außerhalb der Wege betritt (§ 4 Abs. 2 Nr. 4);
5. fährt, reitet, lagert, badet, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärmt, Feuer anzündet oder unterhält (§ 4 Abs. 2 Nr. 5);
6. Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt (§ 4 Abs. 2 Nr. 6);
7. eine gewerbliche oder wirtschaftliche Tätigkeit ausübt (§ 4 Abs. 2 Nr. 7);

8. Bodenbestandteile entnimmt, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt (§ 4 Abs. 2 Nr. 8);

9. Gewässer beeinträchtigt oder Maßnahmen zur Entwässerung durchführt (§ 4 Abs. 2 Nr. 9);

10. Abfälle einbringt, Autowracks abstellt oder das Gelände sonst verunreinigt (§ 4 Abs. 2 Nr. 10);

11. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 4 Abs. 2 Nr. 11);

12. bauliche Anlagen errichtet oder verändert (§ 4 Abs. 2 Nr. 12);

13. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet oder verändert (§ 4 Abs. 2 Nr. 13);

14. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt (§ 4 Abs. 2 Nr. 14);

15. die Nutzung von Wiesen oder Weiden ändert (§ 4 Abs. 2 Nr. 15);

16. Mineraldünger auf die Flurstücke 15 oder 17, Flur 2, ausbringt (§ 4 Abs. 2 Nr. 16);

17. Biozide anwendet (§ 4 Abs. 2 Nr. 17);

18. Pferde weiden läßt (§ 4 Abs. 2 Nr. 18);

19. Schafe durchtreibt oder weiden läßt (§ 4 Abs. 2 Nr. 19);

20. Hunde frei oder außerhalb der Wege laufen läßt (§ 4 Abs. 2 Nr. 20).

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 7 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).

#### § 9

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).

#### § 10

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 14. 12. 1979 **Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz**  
— Höhere Naturschutzbehörde —  
gez. Graulich

St.Anz. 53/1979 S. 2525

1484

### PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

#### D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

##### Ministerium

ernannt:

zum **Lfd. Ministerialrat** Ministerialrat (BaL) Fritz Rückel (4. 10. 79);

zu **Ministerialräten** die Regierungsdirektoren (BaL) Paul Horn, Dr. Horst Kadel, Wolfgang Heß, Paul Wenzel (sämtlich 4. 10. 79);

zum **Regierungsdirektor** Regierungsobererrat (BaL) Walter Käss (10. 10. 79);

zum **Regierungsobererrat** Regierungsrat (BaL) Herbert Fitting (4. 10. 79);

zu **Regierungsräten** die Oberamtsräte (BaL) Peter Fottner, Reinhard Pfeifer (beide 1. 11. 79);

zum **Regierungsrat (BaL)** Regierungsrat z. A. (BaP) Ingolf Möhlen (2. 8. 79);

zu **Oberamtsräten** die Amträte (BaL) Günter Bernhardt, Willy Brühl, Hans-Heinrich Bunzeck, Edmund Bast, Friedel Fengel (sämtlich 1. 10. 79), Helmut Bachmann (8. 10. 79);

zu **Amträten** die Amtmänner (BaL) Gerhard Greb, Klaus Emich (beide 1. 10. 79);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Ludwig Hase, Walter Fröhlich, Hartmut Ohl, Klaus John (sämtlich 1. 10. 79);

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaP) Günter Schulze (1. 11. 79);

zum **Amtsinspektor** Hauptsekretär (BaL) Lothar Blättel (1. 10. 79);

berufen in das Beamtenverhältnis auf **Lebenszeit**:

Oberinspektor (BaP) Ulrich Winkler (21. 9. 79);

versetzt:

an den Bundesrechnungshof Frankfurt Amtmann (BaL) Winfried Adam (1. 9. 79);

in den **Ruhestand** getreten:

Ministerialrat Wolfgang Klappenbach (1. 7. 79);

in den **Ruhestand** versetzt:

Oberamtsrat Rolf Priddat (1. 10. 79) gem. § 51 Abs. 3 HBG.

#### Staatliches Rechnungsprüfungsamt Darmstadt

ernannt:

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Rudolf Hofmann (1. 10. 79);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Gerhard Gigerich (17. 10. 79);

versetzt:

von der Kreisverwaltung des Landkreises Darmstadt-Dieburg Oberinspektor (BaL) Heinrich Reining (1. 5. 79);

vom Medizinal-Untersuchungsamt Darmstadt Oberinspektor (BaL) Johann Günther (1. 9. 79).

657

### Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten in Verordnungen über Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete im Regierungsbezirk Darmstadt vom 1. Juni 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

#### Art. 1

(1) In der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Felsberg von Reichenbach“ vom 12. Juli 1972 (StAnz. S. 1392) erhält § 9 folgende Fassung:

##### „§ 9

Von den Verboten der §§ 3 und 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(2) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Schannenbacher Moor“ vom 15. September 1975 (StAnz. S. 1856),

„Tongrubengelände von Bensheim und Heppenheim“ vom 20. Mai 1977 (StAnz. S. 1407),

„Hainlache von Bickenbach“ vom 14. September 1978 (StAnz. S. 2057),

„Rallenteich von Eppertshausen“ vom 7. Oktober 1976 (StAnz. S. 1969),

„Reinheimer Teich“ vom 19. Dezember 1975 (StAnz. 1976 S. 109),

„Taubensemd“ vom 14. Dezember 1976 (StAnz. S. 2323),

„Bruderlöcher“ vom 24. Juni 1974 (StAnz. S. 1206),

„Altkönig“ vom 27. Januar 1978 (StAnz. S. 603),

„Burghain Falkenstein“ vom 4. Dezember 1974 (StAnz. S. 2321),

„Rentmauer-Dattenberg“ vom 12. Juli 1974 (StAnz. S. 1398),

„Schmittröder Wiesen“ vom 10. Mai 1977 (StAnz. S. 1245),

„Altholzinsel Gretenberg“ vom 10. Oktober 1977 (StAnz. S. 2119),

„Beilstein“ vom 11. Februar 1977 (StAnz. S. 548),

„Hässeler Weiher von Neuenhaßlau“ vom 23. November 1976 (StAnz. S. 2197),

„Hochbruch von Hausen“ vom 9. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 175),

„Kirschenwiesen von Marjoß“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978, S. 224),

„Am Rauhensee bei Steinheim“ vom 17. Oktober 1977 (StAnz. S. 2337),

„Röhrig von Rodenbach“ vom 10. Dezember 1976 (StAnz. S. 2321),

„Weinberg bei Steinau“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 222),

„Wiesbüttmoor“ vom 12. September 1978 (StAnz. S. 2019),

„Rossert-Hainkopf-Dachsbau“ vom 18. Mai 1977, (StAnz. S. 1248),

„Bruchwiesen von Dorndiel“ vom 8. September 1977 (StAnz. S. 2071),

„See am Goldberg“ vom 14. September 1977 (StAnz. S. 1980),

„Bruch von Heegheim“ vom 5. August 1976 (StAnz. S. 1578),

„Nachtweid von Dauernheim“ vom 1. November 1978 (StAnz. S. 2324),

„Silzwiesen von Darmstadt-Arheilgen“ vom 22. Februar 1978 (StAnz. S. 605),

„Enkheimer Ried“ vom 30. Oktober 1973 (StAnz. S. 2056),

„Finkenloch von Wallernhausen“ vom 14. Oktober 1974 (StAnz. S. 2002),

erhält § 5 folgende Fassung:

##### „§ 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere

Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(3) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Weschnitzinsel von Lorsch“ vom 10. Dezember 1979 (StAnz. S. 2520),

„Rallbruch von Wolfskehlen“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 959),

„Torfkaute, Bannholz von Dornheim-Wolfskehlen“ vom 7. August 1979 (StAnz. S. 1762),

„Oberes Emsbachtal“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2525),

„Hailerer Sommerberg“ vom 16. November 1979 (StAnz. S. 2363),

„Lochborn von Bieber“ vom 9. August 1979 (StAnz. S. 1765),

„Niederrodenbacher Steinbrüche“ vom 20. November 1979 (StAnz. S. 2361),

„Waldweiher bei Bad Soden-Salmünster“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2522),

„Weinberg von Neuengronau“ vom 29. November 1979 (StAnz. S. 2402),

„Erlenwiesen-Hattenberg bei Marköbel“ vom 8. Juli 1980 (StAnz. S. 1337),

„Kinzigau bei Langenselbold“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1865),

„Bruch von Bad König und Eitzengesäß“ vom 28. Juli 1980 (StAnz. S. 1437),

„Rotes Wasser Olfen“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1868),

„Im Grenzstock von Gettenau“ vom 23. August 1979 (StAnz. S. 1850),

erhält § 6 folgende Fassung:

##### „§ 6

Von den Verboten des § 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

#### Art. 2

Soweit in Verordnungen auf Grund der §§ 16 und 18 des Hessischen Naturschutzgesetzes oder des § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 1, § 5 und § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), und des § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), eine Beteiligung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt vorgesehen ist, werden die entsprechenden Vorschriften aufgehoben.

#### Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 1. Juni 1989

Regierungspräsidium Darmstadt  
gez. W. Link  
Regierungspräsident

StAnz. 28/1989 S. 1484

658

### Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 23. Juni 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

#### § 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Erbach im Bereich der Martin-Luther-Straße, Neckarstraße von Jahnstraße bis Neue Lustgartenstraße, Bahnstraße, Am Schloßgraben, Brückenstraße, Werner-von-Siemens-Straße bis Sylvester-Stockh-

603

DARMSTADT

**DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN**

**Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Oberes Emsbachtal“ vom 13. Mai 1998**

Aufgrund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1997 (GVBl. I S. 429, 433), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 889), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081, 2110), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

**Artikel 1**

Die Verordnung über das Naturschutzgebiet „Oberes Emsbachtal“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2525), geändert durch Verordnung vom 1. Juni 1989 (StAnz. S. 1484), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„1. Das Naturschutzgebiet besteht aus Flächen der Fluren 2 und 3 der Gemarkung Oberems, Gemeinde Glashütten, Hochtaunuskreis. Es hat eine Größe von ca. 19 ha. Die örtliche Lage

des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage 1 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.“

2. § 3 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„2. Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 2 000 festgelegt, in der das Naturschutzgebiet durch eine unterbrochene schwarze Linie umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlicht.“

3. § 3 Abs. 3 wird gestrichen.

4. § 3 Abs. 4 wird gestrichen.

**Artikel 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

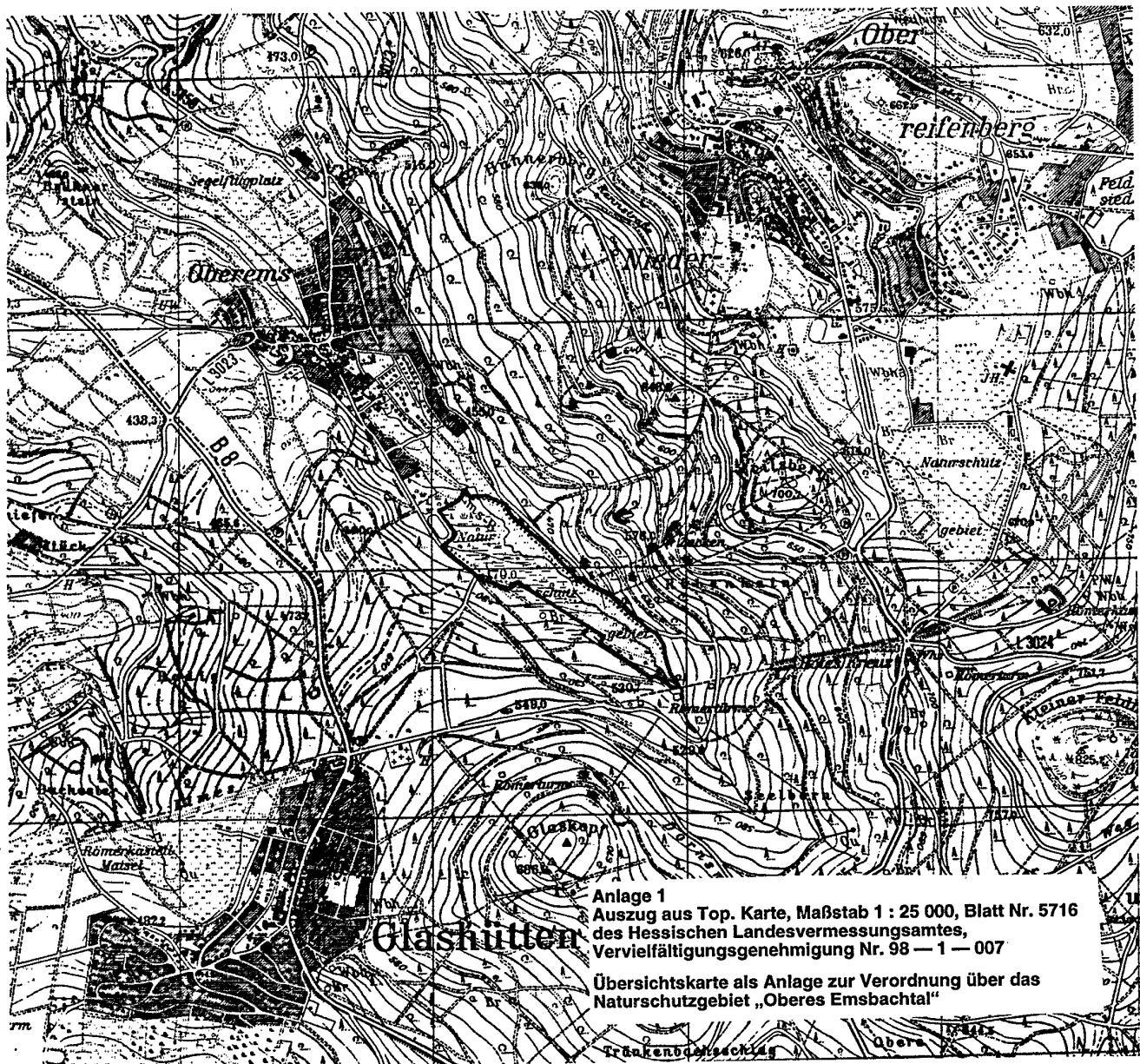
Darmstadt, 13. Mai 1998

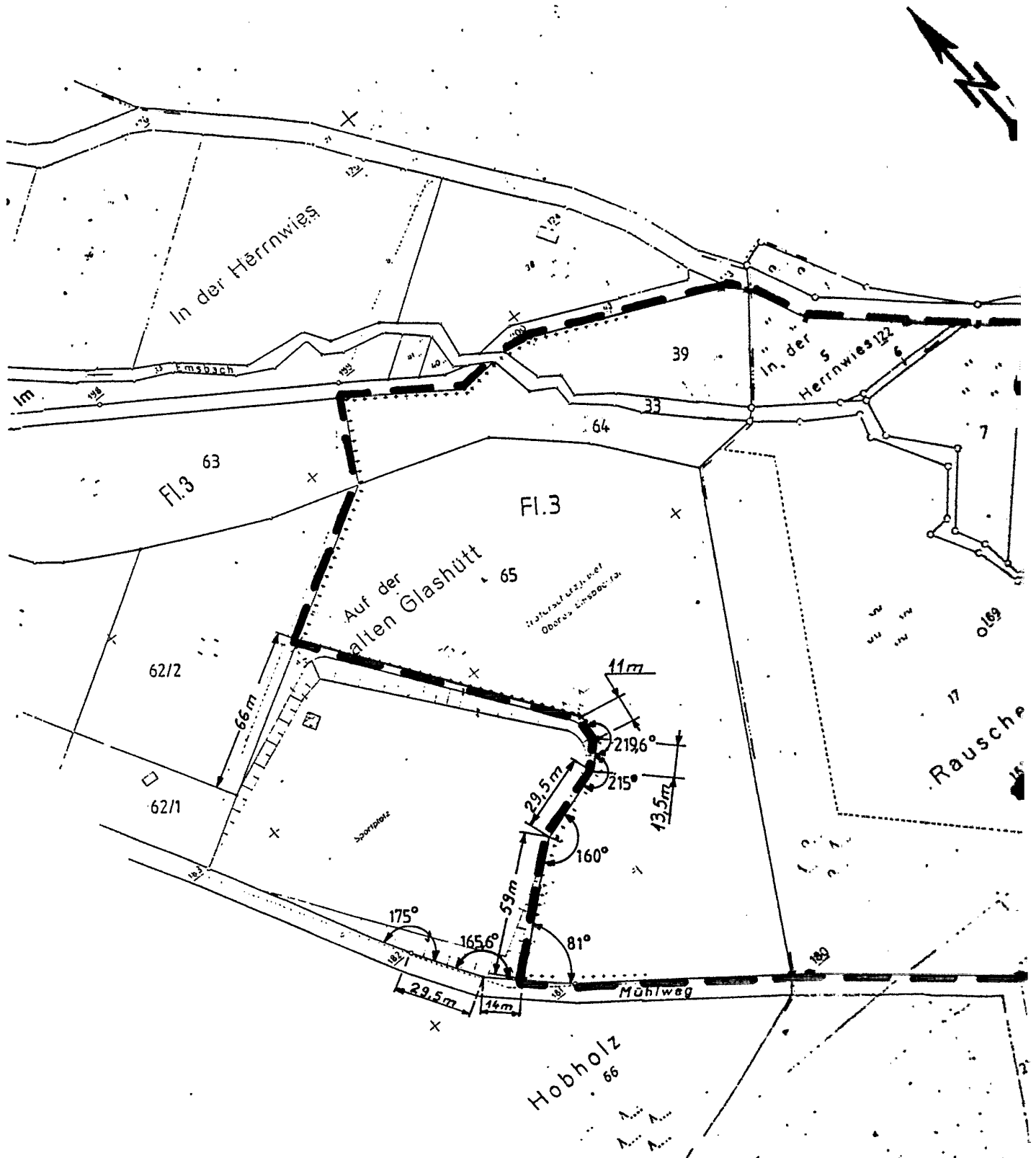
**Regierungspräsidium Darmstadt**

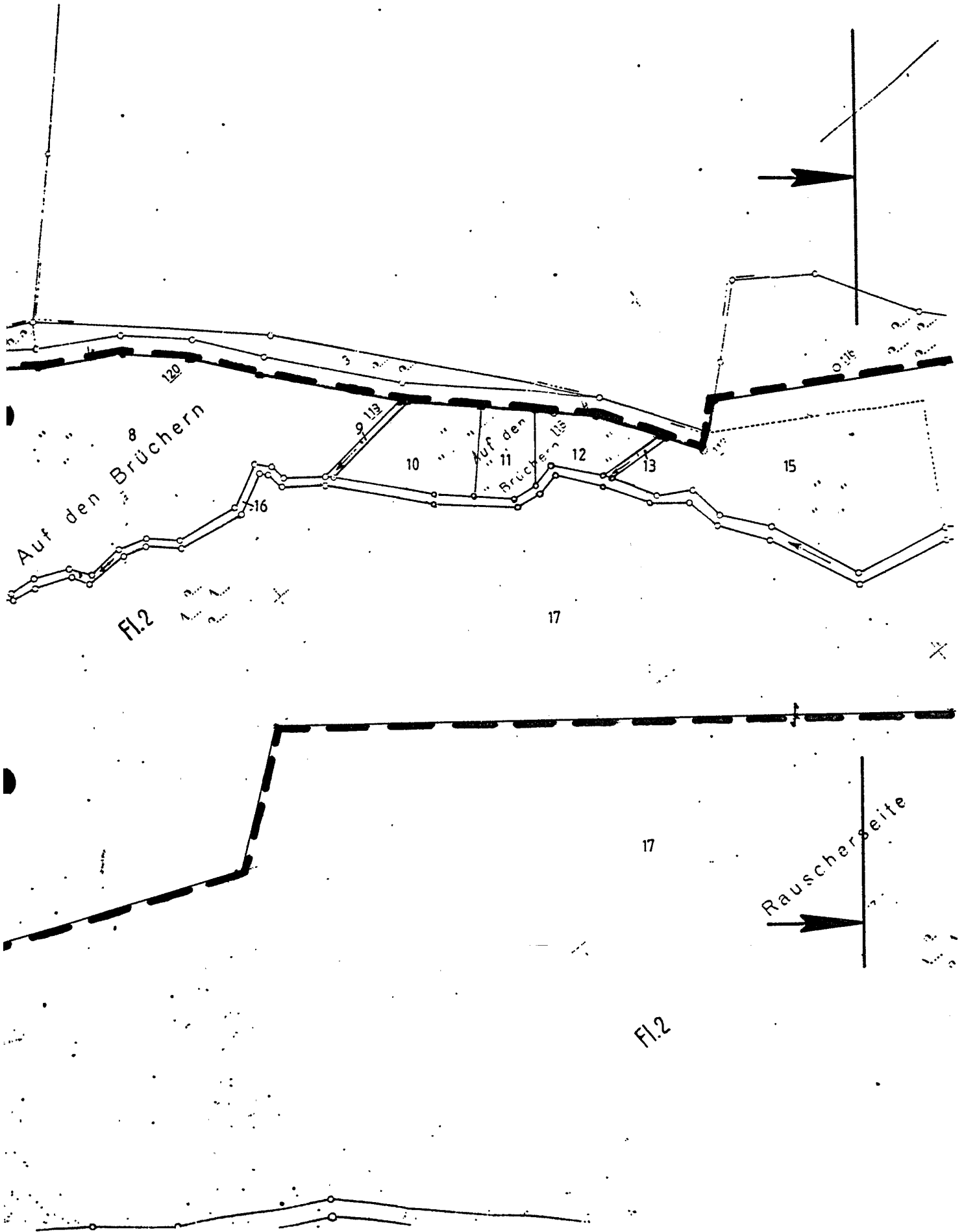
gez. Dr. K u m m e r

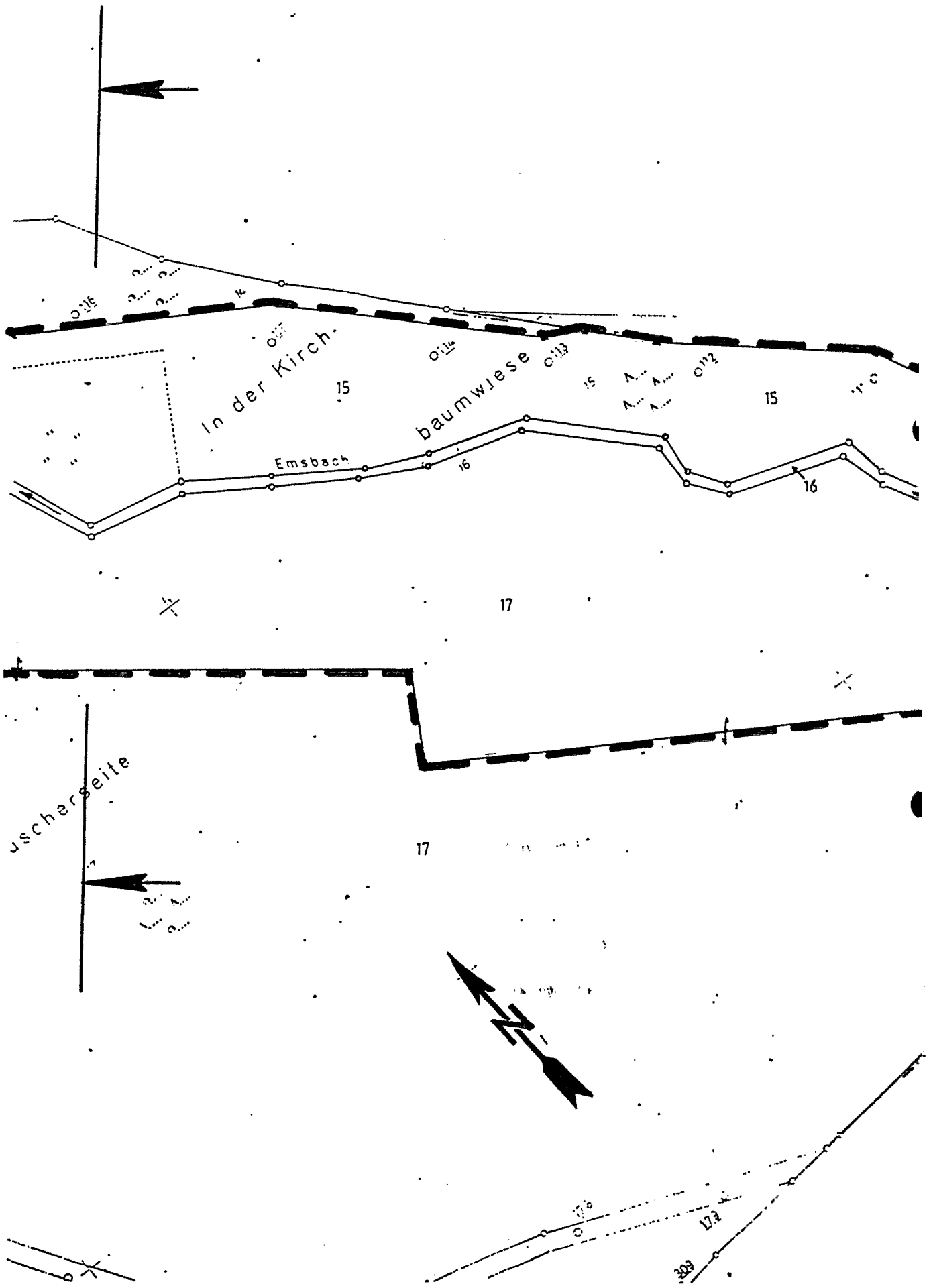
Regierungspräsident

StAnz. 25/1998 S. 1735

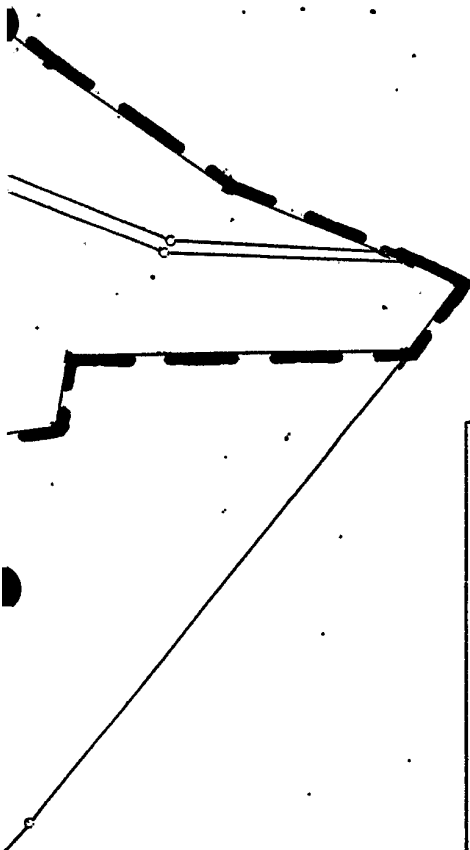






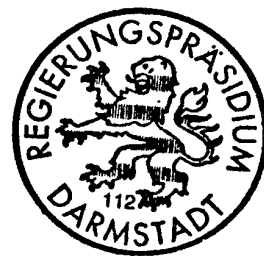






X

**Anlage 2**  
**Abgrenzungskarte, Maßstab 1 : 2 000, 2 Blätter**  
**Bestandteil der Verordnung über das Naturschutzgebiet**  
**„Oberes Emsbachtal“**  
**vom 13. Mai 1998**  
**Darmstadt, 13. Mai 1998**  
**Regierungspräsidium Darmstadt**  
**gez. Dr. K u m m e r**  
**Regierungspräsident**



--- Grenze des Schutzgebietes

**Landkreis: Hochtaunuskreis**  
**Gemeinde: Glashütten**  
**Gemarkung: Oberems**  
**Flur: 2, 3**